Beilage zu Nr. 1 — Das Reichsbanner — Magdeburg, 1. Januar 1926

Fememorde

Wir fordern Untersuchung!

Am 15. Dezember 1925 wurde im Preußischen Landtag über die Fememorde gesprochen. Die Sitzung verlief außerordentlich unruhig und endete mit dem Auszug von Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten. Der Auszug war ein Protest gegen das Auftreten des völkischen Abgeordneten Wulle, der im Fememord-Prozeß Grütte-Lehder der Anstiftung zum Morde bzw. der Mitwisserschaft beschuldigt wurde. (Ebenso die völkischen Abgeordneten Kube und Ahlemann.) Die republikanische Presse hat über das Auftreten von Wulle und die darauf folgenden Szenen ausführlich berichtet. Dabei ist aber die Berichterstattung über die Verhandlungen selbst zu kurz gekommen.

Der Bericht über die Beratungen des Rechtsausschusses zu den Anträgen betreffend die Fememorde ist aber gerade für die Mitglieder des Reichsbanners von so großer Bedeutung, daß wir uns für verpflichtet halten, ihn hier ausführlich wiederzugeben. Wir folgen der „Vossischen Zeitung", die das Stenogramm mit wenigen Kürzungen veröffentlicht hat. Berichterstatter war der Abgeordnete Obuch (Komm.), der in diesem Falle nicht für seine Partei, sondern im Auftrag des Rechtsausschusses (in dem alle Parteien vertreten sind) sprach. Als Berichterstatter war er verpflichtet, objektiv über die Verhandlungen des Rechtsausschusses dem Plenum zu berichten, seine Ausführungen gewinnen dadurch an Gewicht.

Wir erheben erneut die Forderung auf völlige Aufklärung über Fememorde und die Zusammenhänge zwischen Reichswehr, schwarzer Reichswehr und schwarzweißroten Kampfverbänden. Von den ordentlichen Gerichten ist eine Aufhellung aller Zusammenhänge nicht zu erwarten; es ist notwendig, daß der Reichstag einen Untersuchungsausschuß einsetzt, der ohne Zögern an die Arbeit geht.

*

Bericht im Preußenlandtag.

Abg. Obuch berichtet über die Beratung des Rechtsausschusses zu den Anträgen über die Fememorde. Der erste Teil seiner Rede bleibt durch die Unruhe im Hause unverständlich: Er führt aus:

Wenn die Antragsteller der Auffassung sind, daß durch Strafbestimmungen die Verfolgung dieser Verbrechen verschärft werden muß, so ist das verständlich, weil von der großen Zahl der Morde bisher nur ganz vereinzelte Fälle gesühnt worden sind. Die gegenwärtige Rechtslage ist so, daß bisher nur Taten verfolgt werden können, die sich auf die Ermordung einer bestimmten Person beziehen. Die Antragsteller wollen die Vereinigungen und Verabredungen unter Strafe gestellt wissen, die überhaupt, ohne an ein bestimmtes Opfer zu denken, die Tötung von Personen beabsichtigen und bezwecken. Als das Rechtsgut, das durch diese neuen Gesetze geschützt werden soll, wird die öffentliche Rechtssicherheit angesehen.

Erst neuerdings ist die Verfolgung dieser Verbrechen in erhöhtem Maße durchgeführt worden. Es befinden sich zurzeit

28 Personen unter der Anklage des Mordes

oder der Teilnahme am Mord in Untersuchungshaft. Von diesen 28 sind nicht weniger als 18 Offiziere und Fähnriche.

Obuch leitet einen Begriff der Feme aus den Tatbeständen, die bekanntgeworden sind, ab: Die Feme ist eine Mehrheit von Personen, die von einer gleichen Gesinnung ausgehen, von ihrem Standpunkt aus Strafen verhängen, die durch die Fememörder vollstreckt werden. Nach diesem speziellen Tatbestand können, wenn es notwendig ist, neue Strafbestimmungen geschaffen werden. Der Tatbestand, den die Fememörder ihren Taten zugrunde legen, ist gegliedert gegen Außenstehende mit der Begründung, der Betreffende sei ein „Volksschädling" oder er sei ein „Hetzer". Wir wissen ja, daß z. B. der Reichsminister Erzberger unter dieser Begründung, er sei bei seinen politischen Taten als ein „Volksschädling" anzusehen, von Mördern erschossen worden ist. Gegen Mitglieder werden diese Femetaten ausgeführt, wenn sie als wortbrüchig gelten, oder wenn sie einen Ungehorsam ihrer Vereinigung gegenüber begangen haben, der sie durch ein besonderes Gelöbnis, durch einen besonderen Eid Gehorsam geleistet haben. Es handelt sich also bei diesen Taten — das ist insbesondere festzuhalten — auch um keine Kampfhandlungen oder Ausschreitungen, die sich an Kampfhandlungen anknüpfen, sondern es handelt sich um wohlüberlegten, geplanten und verabredeten Meuchelmord.

Welche Taten sind in der letzten Zeit begangen worden? Das Mitglied des Stahlhelms, der Bergmann Bube in Buer in Westfalen, ist ermordet worden, weil er, von seiner katholischen Weltanschauung ausgehend, glaubte, sich

nicht mehr zu dem Stahlhelm bekennen

zu können. Er ist von andern Stahlhelmmitgliedern aufgesucht und vor der katholischen Kirche umgebracht worden. Die Leiche ist dann in die katholische Krche hineingeschleppt worden, um einen Selbstmord vorzutäuschen.

Ferner sind ermordet worden der Kaufmann Simons in Tilsit, der Feldwebel Legner in Meseritz, ein Marineoffizier, dessen Name bereits der Polizei zur Verfolgung übergeben worden ist, und ferner ein Elektrotechniker, der in Spandau bei der schwarzen Reichswehr tätig war, und zwei sogenannte „Wortbrüchige", die die schwarze Reichswehr als „Deserteure" bezeichnet.

Man kann von

drei Mordherden

sprechen: Küstrin, Spandau-Döberitz und Mecklenburg. Die Vereinigungen, die die Feme betätigen, scheuen sich nicht, die Feme auch statutenmäßig in ihre Satzungen aufzunehmen.

Der Abgeordnete verliest eine Verpflichtung, die von den Mitgliedern des Bundes Oberland unterzeichnet werden mußte, in der es heißt:

Ich verspreche rückhaltlos den Führern des Vereins unbedingten Gehorsam zu leisten.

Ich bin fest entschlossen, meinen Kameraden Treue zu halten bis in den Tod.

Ich verpflichte mich, niemals eins der Hilfsmittel des Vereins zur Erreichung seiner Ziele, gleichviel aus welchem Grunde, preiszugeben.

Dies alles versichere ich durch Handschlag mit meinem Ehrenwort und erkenne an, daß ein deutscher Ehrenmann sein Wort nie und nimmer zurückziehen kann.

Verräter und Wortbrüchige verfallen der Feme.

Eine ähnliche Verpflichtungserklärung hat auch der Wikingbund für seine Mitglieder. Der

Verpflichtungsartikel,

der dort von den Mitgliedern unterzeichnet werden muß, spricht recht deutlich davon, daß die Feme sogar durch eine Mordtat die Strafe an den Mitgliedern vollzieht. Es heißt dort:

Ich verpflichte mich zu unbedingtem Schweigen über alle Angelegenheiten, die meinen Führern der Organisation oder meinen Kameraden Schaden bringen können. Ich weiß, daß ich mich auch durch eine unbedachte Aeußerung zum Verräter an meinen Führern und an meinen Kameraden machen kann, und daß Verrat nur nach altem germanischem Rechte geahndet werden kann.

Das „alte germanische Recht" ist die Todesstrafe. Es heißt dann weiter in Punkt 6:

Die Ehre des Wikingers beruht auf der treuen Befolgung der in dem von mir unterschriebenen Verpflichtungsartikel niedergelegten Verpflichtungen. Ich weiß, daß, wenn ich gegen einen Artikel verstoße, ich als Wortbrüchiger das Recht verloren habe, die Ehrenzeichen des Bundes zu tragen. Aus dieser Erkenntnis heraus verpflichte ich mich, jeden Verkehr mit einem Manne, der als Feigling oder als Wortbrüchiger ausgestoßen wurde, zu unterlassen und nicht eher zu ruhen, als bis er seiner gerechten Strafe zugeführt ist.

Das ist also die Strafe, die in Punkt 1 des Verpflichtungsartikels angedeutet ist. Deutlicher können diese Verbände allerdings die Verpflichtung zum Fememord nicht mehr bekunden.

Kürzlich sind Mitglieder des Bundes Oberland auch in Ostpreußen und Oberschlesien gefaßt worden. Der Wikingbund ist besonders in Berlin und auch in Westdeutschland verbreitet. Auch die Verbände, die in hervorragendem Maße den Völkischen, den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei nahestehen, die

Stahlhelm und Jungdo,

sind in diese Femefrage verwickelt. Zwar ist nichts darüber bekannt, daß sie derartige Statuten besitzen; aber ihr Verhalten in einer Reihe von Fällen hat das einwandfrei nachgewiesen.

So ist z. B. in Frankfurt a. d. Oder der Fall Ney passiert. Ney ist ein Leiter des Stahlhelms, der an einen Unterführer den Auftrag gegeben hat, gelegentlich eine bestimmte Zahl von Personen, die er namentlich auf eine Liste gesetzt hatte, zu ermorden. Ich bin im Besitz dieser Liste und kann sie nötigenfalls einem Interessenten zur Einsicht vorlegen. Uebrigens ist dieser Ney ein Kommunalbeamter, der jetzt noch in Frankfurt a. d. Oder Dienst tut. Diese Liste ist von Herrn Ney sogar vor Gericht als diejenige anerkannt worden, die er ausgehändigt hat.

Weiterhin hat bei einer andern Gelegenheit ein Rechtsanwalt in Frankfurt a. d. O. namens Landau zur Zeit des Küstriner Putsches von

vier Mitgliedern des Stahlhelms

eine Warnung erhalten, sich von Küstrin wegzubegeben. Er wurde von vier Mitgliedern des Stahlhelms, die zu seinen Klienten gehörten, gewarnt, denn es sei gegen ihn ein Anschlag geplant. Als darauf ganz bestürzt der Anwalt fragte, weshalb denn gegen ihn etwas Derartiges unternommen würde, erklärten ihm die Stahlhelmmitglieder, sie würden ihm das im Laufe des Tages noch mitteilen. Er erhielt dann die Nachricht, daß er wegen seiner Mitarbeit an der sozialdemokratischen „Volksstimme" auf die Liste der zu Ermordenden gesetzt worden sei. Nun erklärte der Anwalt, als er nachmittags diese Mitteilung empfing, ganz erschrocken: „Ja, dann hätten Sie ja" — also sein eigner Klient — „unter Umständen mich an die Wand stellen müssen!" Darauf erklärte dieses Stahlhelmmitglied: „Nein, Sie sind nicht in meinem Bezirk." Daraus geht also hervor, daß eine bestimmte Organisation, eine bestimmte Einteilung vorgesehen ist, um solche Taten zu vollziehen.

Ich will keineswegs gegen alle Mitglieder des Stahlhelms solche Vorwürfe erheben. Ich nehme ohne weiteres an, daß nur ein ganz bestimmter kleiner Teil in diese Taten eingeweiht ist und daß der „Stahlhelm" bei seiner verbreiteten Organisation und den Zielen, die er sonst noch verfolgt, niemals von einer größern Zahl seiner Mitglieder etwas Derartiges verlangen wird.

Wir können aus dem Prozeß Grütte-Lehder, der erst kürzlich verhandelt worden ist, entnehmen, daß auch Personen der

schwarzen Reichswehr

ermordet werden, wenn sie politischen Vereinen oder Verbänden unbequem werden.

Die schwarze Reichswehr ist eine Erscheinung, von der man nicht übersehen kann, wo ihre Existenz beginnt und wo sie aufhört. Sie ist freilich seit dem Küstriner Putsche zu einer illegalen Einrichtung erklärt worden und sollte aufgelöst werden. Aber sie hat sich nicht aufgelöst, sie existiert weiter, sie unterhält durch bestimmte Personen, durch sogenannte „Verbindungsoffiziere", auch Verbindung mit den andern rechtsstehenden Verbänden, mit dem Stahlhelm, dem Landbund u. a.

In der Zitadelle Spandau sollte 1923 einmal eine Kommission eine Revision abhalten. Verschiedene Gewerkschaftsführer waren bei dem Minister Severing vorstellig geworden, daß sie sich diese Sache ansehen wollten. Als nun beschlossen war, daß diese Revision stattfinden sollte, soll zunächst, wie ich von einem Besatzungsmann dieser schwarzen Reichswehr in Spandau erfahren habe, der Hauptmann Keiner vom Reichswehrministerium zwei Tage vorher die Revision angekündigt haben. Dann hat Hauptmann Keiner diese Kommission selbst geführt. Es war alles, was dort gelegen hatte,

nach Döberitz transportiert

und dort untergebracht worden. Von der schwarzen Reichswehr war nur ein sogenanntes kleines Arbeitskommando von 15 Mann unter dem Befehl eines Feldwebels zurückgeblieben, denen man vorübergehend menschenfreundlicherweise eine Beschäftigung gegeben habe.

Die schwarze Reichswehr hatte aber auch in der Zitadelle von Spandau eine eigne Autowerkstätte eingerichtet, um Autos zu verändern und unkenntlich zu machen, wenn sie zu Femetaten verwendet worden waren. Auch für diesen Tag wurde die Autowerkstatt keineswegs geschlossen, sondern man brachte nur ein großes Schild mit der Ueberschrift an

„Stantien u. Ko.",

um eine Privatfirma vorzutäuschen. Stantien ist nämlich ein Leutnant der schwarzen Reichswehr, der wegen Teilnahme am Morde jetzt in Untersuchungshaft sitzt. In dieser Weise wurde die Kommission irregeführt und ging dann in der Ueberzeugung von dannen, daß eine schwarze Reichswehr überhaupt nicht existiere.

Diese schwarze Reichswehr hat aber fortexistiert auch nach dieser Untersuchung bis in die neuste Zeit hinein, und zwar in der

Gestalt von kleinen Kaders;

denn in größerer Stärke ist sie natürlich nicht aufrechtzuerhalten gewesen. Diese kleinen Kaders scheinen in hohem Maße diejenigen Stellen zu sein, in denen Fememorde zur Ausführung kommen. Es ist bekannt geworden, daß, wenn jemand in die schwarze Reichswehr Aufnahme finden wollte, er vorher einem rechtsstehenden Verband beigetreten sein muß. Dort wurde er auf Herz und Nieren geprüft, und dort wurde er, wenn seine Aufnahme in die schwarze Reichswehr erfolgen sollte, in das Bureau des Reichswehrministeriums in der Kurfürstenstraße in Berlin geschickt. Dort hat nämlich der Oberleutnant Schulz, der jetzt wegen Mordes in Untersuchungshaft sitzt, sein Hauptbureau gehabt. Um zu ihm zu gelangen, mußte dann der Betreffende sich zunächst dem Leutnant Keiner vorstellen. Dann wurde er durch dessen Bureau zu dem Oberleutnant Schulz geleitet, der ihn in die schwarze Reichswehr aufnahm und durch Handschlag verpflichtete und ihm klarmachte, daß auf Verrat oder Wortbruch der Tod stehe. Nach dieser Aufnahme in die schwarze Reichswehr in dieser Form gehörte dann der Betreffende als Mitglied diesen Kaders an, die ein für allemal auf die Führer verpflichtet sind.

Daß sie auch heute noch bestehen, geht z. B. aus einem Fall hervor, der sich kürzlich ereignet hat. Als die Verfolgung des Oberleutnants Schulz aufgenommen war, hat der Oberleutnant Eisenbeck, der hier in einem Vorort von Berlin wohnt, die Ordonanz des Oberleutnants Schulz, einen gewissen Plate, zu sich bestellt und ihm erklärt: „Sie erinnern sich, daß Sie damals Herrn Oberleutnant Schulz persönlich den Eid geleistet haben; wenn sie jetzt von den Gerichtsbehörden vernommen werden, dann dürfen Sie gegen den Eid, der heute noch fortbesteht, nicht verstoßen; dann dürfen Sie keine Angaben darüber machen, was Ihnen in Ihrer Tätigkeit für Schulz bekanntgeworden ist."

Es ist dann weiter in einem Urteil, das in Mecklenburg-Schwerin ergangen ist, festgestellt worden, daß die schwarze Reichswehr, soweit sie hier in Berlin und in der Umgebung nicht gehalten werden konnte, geschlossen

in Gestalt vom Arbeitskommandos auf das Land

hinübertransportiert worden ist, daß sie also auf dem Lande in Gestalt von Arbeiterkommandos fortbesteht. Ich erlaube mir, aus einem Urteil, das ich hier vor mir habe, die Stellen zu verlesen, die diesen Sachverhalt dartun. Es ist das Urteil in der Strafsache gegen den Landwirt und Leutnant Karl Litschka und Genossen, ein Urteil, das ergangen ist gegen Litschka, gegen Kallert, Joseph Wagner, Eckard Schöler und Alfons Bitter. Von diesen hier Angeklagten sind von dem Schwurgericht Schwerin in Mecklenburg vier zum Tode verurteilt worden. In dem Urteil wird in den Darlegungen des Sachverhalts zunächst

dieser Tatbestand festgestellt.

Es heißt dort:

Nachdem im Septemuer 1923 der Küstriner Putsch zusammengebrochen war, wurde die sogenannte schwarze Reichswehr in der Mark Brandenburg aufgelöst. Diese Auflösung erstreckte sich nicht auf die alten Mannschaften, da die maßgebenden Persönlichkeiten in der Organisation es nicht verantworten zu können glaubten, diese alten Mannschaften auf die Straße zu setzen, sondern verpflichtet zu sein glaubten, auf irgendeine Weise für ihr ferneres Fortkommen zu sorgen. Aus diesem Grunde wurden aus den ältern Mannschaften Arbeitskommandos gebildet und diese auf dem platten Lande untergebracht. So kam ein Teil der ehemaligen Mannschaft der schwarzen Reichswehr nach Mecklenburg, u. a. ein Trupp nach Oberhof bei Klütz.

Die schwarze Reichswehr war nach militärischem Muster organisiert gewesen. Die Mannschaften waren in mehr oder weniger feierlicher Weise zur Treue verpflichtet worden. In der Regel war eine Art von Fahneneid geleistet, in dem die Mannschaften dem jeweiligen Führer der beweglichen Streitkräfte und durch ihn auch dem jeweiligen Kompanieführer Gehorsam gelobten.

In der Organisation hatte strenge Mannszucht geherrscht. Allgemein hieß es unter seinen Angehörigen, daß der Verrat an der Sache der Organisation

mit dem Tode bestraft

werde. Häufig wurde dies auch den neu eintretenden Mannschaften von dem sie aufnehmenden Offizier ausdrücklich gesagt.

Ein gewisses Unter- und Uebergeordnetenverhältnis blieb auch nach der Auflösung der schwarzen Reichswehr unter ihren ehemaligen Angehörigen — soweit sie nicht nach dem oben Gesagten noch im Zusammenhang miteinander blieben — von Bestand. So unterstand die in Oberhof untergebrachte Arbeitergruppe, zu denen die Angeklagten Notzon und Kalla gehörten, einem Truppenführer Duncker. Ihr nächster Vorgesetzter war der Angeklagte Litschka, der die Stellung eines Oberfeldwebels bekleidet hatte und in Groß-Walmstorf bei Grebesmühlen untergebracht war. Dieser unterstand wiederum dem in Oberhof bei Klütz wohnhaften Angeklagten Schöler, ihrem ehemaligen Kampanieführer, der vor einiger Zeit den Namen „Rolf" angenommen hatte. Ebenso ging Notzon unter dem falschen Namen „Dittlick".

Waren die Mannschaften auch nur noch als landwirtschaftliche Arbeiter tätig, so hat sich doch nicht widerlegen lassen, daß sie — jedenfalls die einfachen Mannschaften — sich auch nach der Auflösung der Organisation

noch als Soldaten gefühlt

haben, und daß sie auf Grund der Mitteilungen ihrer sogen. Vorgesetzten angenommen haben, es sei mit einer gewaltsamen Erhebung von linksradikaler Seite zu rechnen und sie seien zur Mitwirkung bei deren Niederwerfung bestimmt. Trotzdem auch jetzt noch die sogen. dienstlichen Angelegenheiten — in unregelmäßigen Zwischenräumen erschien Litschka z. B. zum „Befehlsempfang" bei Schöler — das Ueber- und Untergeordnetenverhältnis durchaus beobachtet wurde und unter den Angehörigen der Gruppen die Ueberzeugung bestand, daß die früher übernommene Gehorsams- und Treupflicht sie auch jetzt noch binde, so bestanden doch anderseits auch enge persönliche Bande zwischen den Angeklagten trotz der verschiedenen Rangstellung.

Dann will der Redner ein von ihm im Rechtsausschuß vorgelesenes Stück aus dem Urteil zitieren, kann aber die Stelle nicht finden und fährt nach einiger Zeit fort:

„Im November 1923 war der

Angehörige der Roßbach-Organisationen Helmut Holz,

der am 9. Juli 1900 geborene Sohn des Kriminalassistenten Gustav Holz zu Berlin, als Abschnittsleiter der Roßbacher nach Barnekow gekommen. Zu seinem Bezirk gehörte auch Groß-Walmstorf, wo eine Reihe seiner Leute in Arbeit standen, und wo

auch Litschka untergebracht war. Hierdurch wurden beide miteinander bekannt. Holz kam regelmäßig zur Ueberwachung seiner Leute nach Groß-Walmstorf und übernachtete dann dort auch häufig. Es gelang ihm aber nicht, in ein gutes Einvernehmen zu ihnen zu kommen. Mittels Schreibens vom 4. Dezember 1923 wurde ihm von seiner übergeordneten Dienststelle mitgeteilt, daß er seiner Stellung enthoben werde. Nachdem er zunächst mit dem in der Hauptverhandlung verlesenen Schreiben hiergegen Einspruch erhoben hatte, jedoch hiermit abschlägig beschieden war, trat er an den Angeklagten Litschka heran mit der Bitte, in dessen Organisation, nämlich die schwarze Reichswehr eingestellt zu werden. Litschka hatte schon vorher einmal einen Vorfall bei Schöler zur Kenntnis gebracht, den er gleich im Anfang seiner Bekanntschaft mit Holz gehabt hatte. Holz hatte im Verlauf eines Gesprächs ein angebliches Rundschreiben seiner Organisation vorgezeigt und verlesen, in dem auf das schärfste zum Kampf der Organisation gegen die sogenannte schwarze Reichswehr, gegen die Ehrhardt-Brigade und die Organisation Consul aufgefordert und der Kapitän Ehrhardt persönlich auf das schwerste verunglimpft wurde. Auf die Aufforderung Schölers hat Litschka diese Begebenheit noch einmal schriftlich gemeldet.

Als nun Holz sein Begehren aussprach, bei der schwarzen Reichswehr unterzukommen, erklärte Litschka ihm, er habe darauf keinerlei Einfluß; Holz möge sich deshalb bei Schöler in Oberhof melden. Er meldete dann Holz aber auf dessen Bitte telephonisch bei jenem an, indem er jedoch gleichzeitig Schöler vor ihm warnte: er möge sich mit Holz in acht nehmen. Eine Besprechung zwischen beiden — Holz und Schöler — hat daraufhin auch stattgefunden.

Nachmittags trafen beide (Litschka und Wagner) verabredungsgemäß zusammen und begaben sich nun nach Oberhof. Hier trafen sie in der Leutestube den Angeklagten Notzon an. Daß er vorher bereits telephonisch durch Litschka über ihr Kommen in Kenntnis gesetzt und deshalb von der Arbeit zurückgeblieben ist, hat sich nicht feststellen lassen. Ebensowenig, daß schon von vornherein der Angeklagte Kalla zugegen gewesen ist; es scheint vielmehr, daß dieser erst im Verlauf der Unterredung hinzugekommen ist.

Jedenfalls steht aber folgendes fest: Litschka erklärte sofort etwa,

„Holz solle erschossen werden".

Auf die Frage des Notzon, warum das geschehen solle, erwiderte Litschka, Holz sei ein Spitzel des Feindbundes und habe große Schweinereien gemacht. Auf den Einwand Notzons, das ginge sie doch nichts an, er gehöre doch nicht zu ihnen, entgegnete Litschka, Holz wisse schon zu viel von ihnen, er müsse erschossen werden. Inzwischen kam auch Kalla herein und wurde zu der Unterredung hinzugezogen. Ihm wurde von Litschka noch einmal das gleiche gesagt. Sein erster Einwand war der: „Aber Karl, das ist doch nicht so leicht, wie Du Dir das denkst. Wenn es herauskommt, werden wir doch alle bestraft!" Darauf erwiderte Litschka etwa: „Dann werden wir das schon machen!" — Alle drei sprachen lebhaft über die Sache miteinander, während sich Wagner passiv verhielt und an dem Gespräch kaum beteiligte. Sowohl Notzon wie Kalla äußerten immer wieder Bedenken gegen die Tat; mit welchen Worten steht nicht fest. Litschka beharrte demgegenüber dabei, daß die Tat geschehen müsse; der Befehl komme „von oben" und sie beide müßten es tun. Auf die Frage Notzons, warum gerade sie, erklärte er, sie seien die ältesten in der Gruppe. Notzon ging unschlüssig auf und ab. Als er dabei an das Fenster trat, sah er draußen die frische Wagenspur, die vom Herrenhause herunterkam. Dies erinnerte ihn daran, daß Schöler vor kurzem — am selben Morgen, wie er sich zu erinnern glaubt — abgereist sei. In der Hoffnung, sich auf diese Weise aus der Sache herauswinden zu können, da er sich keinesfalls ohne dessen Zustimmung zu der Tat entschlossen hätte, dessen Zustimmung aber wegen seiner Abwesenheit nicht ohne weiteres, wie er meinte, einzuholen sei, bemerkte er: „Ja, was wird aber Schöler dazu sagen?" Hierauf entgegnete Litschka dem Sinne nach:

„Der Auftrag kommt von Schöler

(oder Rolf)", und widerholte noch, Schöler billige die Tat; er stehe hinter dem Auftrag. Als die beiden nun noch immer zögerten, trotzdem Litschka wiederholt in bestimmtem und energischem Tone gesagt hatte: „Ihr müßt es tun!", holte letzterer schließlich eine Ortgiespistole aus der Tasche, drückte sie Notzon in die Hand und sagte: „Nun los!" Darauf entgegnete jener etwa: „Nun gut, dann muß es geschehen," vielleicht auch: „Wenn Ihr zu feige seid, so werde ich es tun."

Nachdem so der grundlegende Beschluß gefaßt war, wurden die Einzelheiten der Tat und ihre Ausführung durchgesprochen.

Im folgenden nimmt Obuch zum Antrag der Sozialdemokraten Stellung, dessen Annahme ihm notwendig erscheint. Er setzt auseinander, wie man versuche, die Mordtaten zu verschleiern und sie, soweit sie in der Oeffentlichkeit behandelt wurden, als unzutreffend hinzustellen.

Der Bericht gibt dann die Erklärungen und Gegenerklärungen zu dem Fall Grütte-Lehder-Wulle wieder, die aus der Tagespresse zur Genüge bekannt sind. —

Die Furcht vor der Feme

Der ehemalige Münchner Polizeipräsident Pöhner, einer der Männer von der Bürgerbräu-Revolution, ist bei einer Autofahrt tödlich verunglückt. Seine Frau, die jene Fahrt mitmachte, lebt in dem Wahn, ihr Mann sei ein Opfer der Feme geworden. Der Unglücksfall ist vor Gericht genau untersucht worden und es steht außer allem Zweifel, daß es sich in der Tat um ein Unglück handelt. Das Gericht machte den Chauffeur verantwortlich, der zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt wurde.

Die „Münchner Post" untersucht in einem Artikel, wie in Frau Pöhner die Vorstellung von einem beabsichtigten Mord entstanden ist und schreibt darüber u. a.:

„Pöhner stand in engster Verbindung mit allen Rebellen, die den gewaltsamen Umsturz vorbereiteten; er kämpfte mit Hitler Schulter an Schulter. Erst als der Hitler-Putsch mißglückt war, machte Pöhner eine kleine Schwenkung und wurde vielleicht dadurch bei seinen frühern engsten Freunden suspekt. Sicher hat Pöhner selbst angenommen, daß seine politische Schwenkung ihm Mißtrauen eingebracht hatte, und da er seine frühern engen Freunde und ihre Skrupellosigkeit sehr genau kannte, weil er ja jahrelang mit ihnen zusammengearbeitet hatte und selbst von gleicher Skrupellosigkeit war, fürchtete er sie jetzt. Pöhner wußte offenbar, welche Gewaltmittel jene Verschwörerkreise gegen Abtrünnige anwenden, eine Reihe von Mordfällen ließ ihn darüber auch nicht im Zweifel.

Hält man sich das vor Augen, so wird das Verhalten der Frau Pöhner nach dem Autounfall sofort klar verständlich. Schon als das Unglücksauto die Stadt verließ, sah Frau Pöhner beim Volksbad, als das Auto kurz anhielt, das Hakenkreuzgespenst. Sie sah einen jungen Mann in typischer Hitleruniform, der höhnisch auf das rechte Vorderrad des Autos (das sich bei dem Unfall löste. Red. R.) sah und ihrem Manne frech ins Gesicht blickte. Auch auf der Fahrt beobachtete sie Herrn und Frau Krieger und legte sich nach dem Unfall deren Benehmen in ihrem (anklagenden) Sinne aus. Als das Auto über die Straße hinabstürzte, wurde auch Frau Pöhner hinausgeschleudert; sie wurde verletzt und war kurze Zeit bewußtlos. In dieser Ohnmacht erlebte sie den Roman, der sich ihr heute noch als furchtbare Tatsache darstellt. Sie sah die Freunde ihres Mannes, die mit ihm im Wagen saßen und selbst verletzt wurden, als die fürchterlichen Feinde ihres Mannes, sie sah — obwohl im Augenblick des Unfalles keine fremden Personen in der Nähe waren — Motorradfahrer, als hätten sie hier als Mordhelfer auf der Lauer gelegen; sie hörte ihren Mann, der schon tot war, im Streit mit den andern; sie hörte Rufe wie: „Verräter" und „Heilige Sache!" und nimmt an, jetzt wird der Racheakt vollzogen; sie hörte fürchterliche Geräusche und schloß daraus: jetzt wird mein Mann zermalmt. Und während sie aus der Ohnmacht erwacht, hört sie die Zurufe der Helfenden und auch diese Rufe verwebt sie in ihr Traumerlebnis. Ja, sie glaubt sich selbst bedroht und glaubt, sie habe sich auf den Boden geduckt und die Augen zugedrückt, um von den imaginären Feinden als tot angesehen und geschont zu werden.

Frau Pöhner hat nun alle diese Motive, die ihr später im Ohnmachtszustand zur Wirklichkeit wurden, aus ihrer eignen Psyche geschöpft. Im Hause des Rebellen Pöhner kannte man die Gefährlichkeit der Verschwörer, die nicht nur bereit waren, jeden Gegner zu erledigen, sondern die auch vor Gewalttaten gegen „Freunde" nicht zurückschrecken. In Frau Pöhner war die Furcht vor der Feme lebendig und so erklärt sich, daß sie nach dem Ueberfall auf ihren Mann, mit dem sie in ihrer Seelennot rechnete, als wirklich geschehen und wirklich erlebt ansah. Nicht Pöhner, aber die Frau des tödlich Verunglückten wurde ein Opfer der Feme, die sie kannte und fürchtete."

„Die Justiz"

Wir lenken die Aufmerksamkeit unsrer Kameraden auf ein Unternehmen führender deutscher Juristen, die wir mit Stolz zu unsern Kameraden zählen dürfen, und solcher Männer, die uns, ungeachtet ihrer politischen Anschauungen, in ihrem Denken als Hüter des Rechts nahestehen. Sie haben sich zusammengetan, um durch Herausgabe einer Zeitschrift „Die Justiz" für „Erneurung des deutschen Rechtswesens" zu kämpfen und zu wirken. Dafür wissen wir ihnen Dank; nur zu oft haben Kameraden unsers Bundes am eignen Leibe verspüren müssen, wie not unsrer Justiz eine Erneurung ist.

Vor uns liegt Heft 2 der neuen Zeitschrift im Umfang von 231 Seiten, also ein stattliches Büchlein. Gewichtiger als sein Umfang ist sein Inhalt.

Professor Dr. Rudolf Laun (Hamburg) veröffentlicht einen Vortrag „Die Weimarer Verfassung und das Auslandsdeutschtum". Wer einen Freund im Ausland weiß, wer einen Bekannten in den von Deutschen bewohnten Gebieten hat, erwirbt sich ein Verdienst, wenn er ihm dieses Heft schickt.

Einen schon in der Tagespresse viel besprochenen und aufsehenerregenden Artikel veröffentlicht Otto Landsberg, einer der Vertreter Friedrich Eberts im Magdeburger Prozeß. Eine schwere Anklage gegen die beiden beamteten Richter! Eine bewußte, wohlüberlegte und begründete Herausforderung an den Landgerichtsdirektor Bewersdorff und den Landgerichtsrat Schultze. Gaue und Ortsgruppen müssen es sich angelegen sein lassen, von den Anklagen, die Landsberg erhebt, nicht nur unsre Kameraden zu unterrichten, sondern auch Richter und Rechtsanwälte. Das geschieht am besten durch Uebersendung des Heftes an bekannte Juristen, Freunde und Gegner der Republik, mit einem Anschreiben, in dem, ohne jede eigne Stellungnahme, gebeten wird, von dem Artikel Landsbergs Kenntnis zu nehmen und das Heft an juristische Kollegen weiterzugeben. Die Ausgabe für die Beschaffung einiger Hefte darf auch der kleinste Ortsverein nicht scheuen.

Wir empfehlen das Heft zur Verbreitung in der deutschen Juristenwelt, weil außer dem Artikel Landsbergs sicherlich auch einige andre darin veröffentlichte Arbeiten das Interesse der gesamten Juristenwelt erregen werden. Zum Beispiel der „Offene Brief", den Professor Gustav Radbruch (Kiel), ein Mitglied unsers Reichsausschusses, an den Herausgeber der „Deutschen Juristenzeitung" richtet und darin eine Anzahl Fälle anführt, die die Notwendigkeit einer Justiz- und Juristenreform schlagend dartun. Kamerad Dr. Baerensprung berichtet aus seiner Kenntnis als Verteidiger über den Grevesmühler Reichsbanner-Prozeß. Ein sehr aktuelles Thema, „Zur Vermögensauseinandersetzung zwischen dem preußischen Staat und dem Hause Hohenzollern", behandelt Oberfinanzrat Fritz Schönbeck (Berlin), und einer der bekanntesten deutschen Rechtsanwälte, Dr. Max Alsberg (Berlin), veröffentlicht, veranlaßt durch den „Fall Hoefle", einen „Untersuchungshaft-Gesetzentwurf nebst Begründung". Für unsre in der Gewerkschaftsbewegung tätigen Kameraden wichtiger Aufsatz ist der von Dr. Ludwig Bendix geschriebene über „Richter, Rechtsanwälte und Arbeitsgerichte". Einige andre Aufsätze sind sachlich-juristischer Art.

Wichtig für juristische Praktiker und Politiker sind Besprechungen: Alfred Obernicker über Strafrecht (Kunstverfolgung); Dr. Hans Webberg über Internationales Recht; Dr. Otto Wehn (Jugendamt Frankfurt a. M.) über Jugendrecht (Der Richter als Erzieher) und Dr. E. J. Gumbel über Justizstatistik.

Eine „Chronik" führt Prof. Dr. Hugo Sinzheimer: Hugo Preuß; Locarno und Völkerbund; Fall Loeb, Hoefle und Barmat. Den Schluß des Heftes bilden „Erklärungen der Richterorganisationen in Sachen Kroner".

Herausgeber der Zeitschrift „Die Justiz" ist unser Kamerad Oberverwaltungsgerichtsrat Kroner in Verbindung mit Wolfgang Mittermaier (Gießen), Gustav Radbruch (Kiel) und Hugo Sinzheimer (Frankfurt a. M.) Verlag Dr. Walter Rothschild in Berlin-Grunewald. Bezugspreis halbjährlich 8 Mk.

Die Gaue und größern Ortsvereine erwerben sich ein Verdienst, wenn sie diese Zeitschrift abonnieren, zum eignen Gebrauch und zur Verfügung für Referenten des Reichsbanners. Die Gaue, die sich um die Sammlung von Abonnenten bemühen und eine entsprechende Anzahl Exemplare unter einer Sammeladresse beziehen, erhalten Vorzugspreise, über die Näheres beim Verlag zu erfragen ist. —

Der instinktlose Stahlhelm

Die Leitung des „Stahlhelms" hat sich wegen ihrer wankelmütigen Haltung in der Locarnofrage bös in die Nesseln gesetzt. Das Organ ihres Abgottes Ludendorff, der „Völkische Kurier", attestiert ihr nämlich, daß sie offenbar überhaupt nicht wisse, was sie wolle und sich deshalb gefallen lassen müsse, daß man ihre Entschließungen und Richtlinien nicht mehr ernst nimmt.

Es kommt aber noch schlimmer. Paul Lehmann hat ein fluchwürdiges Verbrechen der Redaktion des „Stahlhelms" entdeckt und stellt sie deshalb im „Hammer" unter der Ueberschrift „Farbenblindheit im Stahlhelm" an den Pranger. Am Jahrestag der Völkerschlacht von Leipzig brachte die „Standarte", die Führerbeilage zum „Stahlhelm", einen Aufsatz „Geistiger Nationalismus" von Richard Holben. Nach Lehmanns Auffassung ist dieser Aufsatz eine „Verhöhnung des nationalen Geistes" und eine „Verherrlichung der geistigen Demokratie", die auf allen Gebieten der deutschen Kultur vorherrschend sei. Um jeden Zweifel darüber auszuschließen, was er unter „geistiger Demokratie" verstanden wissen wolle, nenne Holven einige ihrer Größten: Einstein, Reinhardt-Goldmann, und als Verleger Ullstein, Fischer, Wolff, Rowohlt, Cassierer, Mosse usw. Holben habe wohl selbst nicht damit gerechnet, daß die „Standante" seine „von jüdischem Stolz und Hohn und von Verachtung des Deutschtums erfüllten Auslassungen" bringen würde, sonst hätte er wohl nicht geschrieben: „Es gibt keinen Ort im Geistigen, an dem ihre (der Juden? D. V.) schwarzrotgoldenen Fahnen nicht siegreich wehten!"

Das Verbrechen der „Stahlhelm"-Redaktion ist um so unverzeihlicher, weil sie einen Gegenaufsatz eines „Frontkämpfers", worin der wahre Charakter des Holbenschen Aufsatzes als eine „jüdische Verhöhnung des Stahlhelm-Gedankens" gekennzeichnet und auf den „verhängnisvollen Einfluß des Judentums" hingewiesen wurde, unter „einem lächerlichen Einwand" abgelehnt habe. Die „Stahlhelm"-Redaktion und die Stahlhelmleitung werden daher folgendermaßen abgekanzelt:

„Bisher wurde allgemein angenommen, und wohl alle Stahlhelmleute bekennen sich dazu, daß der Stahlhelm unter den schwarzweißroten Farben für die Wiederaufrichtung eines Deutschen Reiches eintrete. Wenn nun seine Führerzeitung an einem der erhebendsten deutschen Erinnerungstage einen Aufsatz bringt, der das schwarzweißrote Deutschland verhöhnt und seine Unterwerfung unter die schwarzrotgoldene Judenherrschaft feiert, so gibt es hierfür nur zwei Erklärungen: entweder ist der verantwortliche Schriftleiter der „Standarte" national, geistig und seelisch farbenblind — oder die Stahlhelm-Leitung hat mit dem Aufsatz ein Einschwenken des Stahlhelms ins schwarzrotgoldene Lager vorbereiten wollen.

Ist das nicht der Fall, so bleibt zur Erledigung dieses ungeheuerlichen Vorfalls der Stahlhelmleitung kein andrer Weg und Entschluß, als den farbenblinden Schriftleiter der „Standarte" sofort zu entlassen und ihr Bedauern über die Entgleisung öffentlich auszusprechen.

Geschieht dies nicht, so gibt die Leitung des Stahlhelms zu erkennen, daß sie die Haltung jenes Schriftleiters und den Inhalt des Holbenschen Aufsatzes billigt. Dies wäre mit der Zersetzung und Auflösung des Stahlhelms gleichbedeutend — ein neuer Sieg des Judentums wäre erschlichen.

Der Stahlhelm vom Judentum besiegt — was sind diese „Frontsoldaten" doch für schlappe Kerle! —

Ludendorffs Garde

Ludendorff hat seinen eignen „Frontkämpferbund E. V." Wie es darum bestellt ist und wie es darin aussieht, zeigt ein Rundschreiben des Kreisleiters für Franken, Kiesalt aus Bamberg:

Frontkriegerbund E. V.
Leitung für Ober-, Mittel- und Unterfranken.
Vertraulich! Bamberg, 28. Oktober 1925.

Kameraden!

Die Nachricht, daß unser erster Bundesvorsitzender Alletter sich Unregelmäßigkeiten habe zuschulden kommen lassen, hat bereits die ganze deutsche Presse durchlaufen. Die Wirkungen davon zeigen sich bereits: Hohn, Spott, Mißachtung und Jubel bei unsern Gegnern, Unsicherheit und Zweifel in den eignen Reihen, die bereits zu Austritten führten.

Ich wohnte am 2. September in München einer Monatsversammlung der Ortsgruppe München bei. Leider mußte ich erkennen, daß auch bei wohlwollendster Betrachtung unser Vorsitzender von dem Vorwurf nicht entlastet werden kann, Gelder des Bundes verschleudert zu haben. Trotz wiederholter Aufforderungen, sich gegen die Beschuldigungen mündlich oder schriftlich zu rechtfertigen, lehnte Alletter dauernd ab, es zu tun. Er wußte sich dadurch zu helfen, daß er die ihm lästig und gefährlich erscheinenden Persönlichkeiten, die nichts andres als ihre Pflicht taten, aus dem Frontkriegerbund ausschloß und ausgestoßen hat, bzw. der ihnen vom Bundestag übertragenen Aemter enthob. Zu seiner Rechtfertigung mißbrauchte Alletter ein Vertrauensschreiben von Exzellenz Ludendorff, das dieser zweifelsohne auf Grund einseitig erfolgter Informationen ihm ausstellte. Es ist bisher nicht üblich gewesen in deutschen Landen, daß ein Beschuldigter in solchem Falle sich durch ein ausgestelltes Vertrauenszeugnis reinigte.

Nach dem oben geschilderten Verhalten Aletters und da dieser weder ein ehrengerichtliches Verfahren gegen sich beantragte, noch trotz mehrfacher Androhung die Hilfe des ordentlichen Gerichts in Anspruch nahm, noch einen ordentlichen Bundestag zur Entscheidung anrief, waren alle Wege versperrt, die unbedingt erforderliche Klärung herbeizuführen, deshalb erstattete der zweite Bundesvorsitzende, Fürst Karl v. Wrede, bei der Staatsanwaltschaft Anzeige zwecks Herbeiführung eines gerichtlichen Entscheides.

Die von Alletter erhobene Beschuldigung, Wrede trachte dem Bunde politisch eine andre Färbung zu geben, indem derselbe hinter Kronprinz Ruprecht eingestellt werden solle, ist abgeschmackt und sinnlos, da Wrede gerade wegen seiner Treue zu Ludendorff aus vier Offiziersvereinigungen ausgeschlossen wurde . . . .

Die organisatorische Tätigkeit Aletters wies vielerlei Mängel auf, da der Frontkriegerbund mit seinen hohen Zielen und Idealen am Bundestag nur 4000 Mitglieder zählte, welche in der Zwischenzeit, trotz Gründung einiger Ortsgruppen kaum gewachsen sein dürfte, da eine Reihe in Hurrastimmung gegründeter neuer Ortsgruppen sich durch Aletters Vernachlässigung wieder auflösten. Es muß auch heute in Zweifel gezogen werden, ob überhaupt 135 Ortsgruppen bestehen, da beim Fehlen jeder Kartothek in der Bundesleitung die genaue Zahl der Ortsgruppen und der Mitglieder überhaupt nicht festzustellen ist . . .

Der Schluß ist eine Aufforderung, die Einberufung eines Bundestages zu verlangen.

So leicht ist es aber in der völkischen Bewegung nicht, einen Alletter loszuwerden. Mitte Dezember sprach in Dingolfing Adolf Hitler und in seiner Begleitung war unter andern Größen auch — Alletter. —

Ein duftes Geschäft

Noch rechtzeitig vor dem Besuch des Reichspräsidenten in Stuttgart brachte das „Neue Stuttgarter Tagblatt" folgende „dufte" Reklame:

Hindenburg-Lavendelseife
D. R.-G.-M.,
hergestellt mit Genehmigung Sr. Exzellenz des Herrn Generalfeldmarschalls v. Hindenburg . . .
Hindenburg-Lavendelseife ist heute schon, nach erst kurzem Bestehen, in großen Teilen Deutschlands zur Volks- und Nationalseife geworden . . .

Der Seifensieder versteht Schaum zu schlagen; da kann's nicht an Kunden fehlen, die nach „Nationalseife" duften werden. Seife, viel Seife kann man zweifellos in den „nationalen" Kreisen brauchen. Nur eine Frage: Wird das nicht zu teuer, wenn die bewußten Kreise, die auf solche „nationale" Köder anbeißen, all ihre Schmutzigkeiten mit Lavendelseife waschen wollen? —

Deutschlands Gegner im Weltkrieg

Zu allen Zeiten hat es den Menschen getrieben, große oder ihm groß erscheinende Ereignisse in Wort und Bild festzuhalten, um sie als Beispiel und Erfahrung der Nachwelt zu bewahren. Dieser Zug zeichnet den Menschen als bewußt denkendes Geschöpf vor allen andern Lebewesen aus: er will seine Existenz auch spätern Geschlechtern bestätigen, die Zeit soll überwunden werden, Gegenwart soll Zukunft sein, Vergangenheit Gegenwart. So sind Literatur und Kunst entstanden. Die ersten Dichtungen der Weltgeschichte waren Heldenlieder, die der Nachwelt ein Beispiel von Tapferkeit vermitteln sollten, aber auch strategische Erfahrung. Die ersten Aeußerungen der bildenden Kunst waren Darstellungen von Kampf- und Jagdszenen, und auch diese Hinterlassenschaften einer Vergangenheit konnten einer Gegenwart Belehrungsmittel sein. — Was ist denn Geschichte? Wörtliche und bildliche Ueberlieferung! Wozu dient Geschichte? Zur Belehrung! Denn eine Vergangenheit, aus der wir nichts lernen können, ist tote Zeit. Ohne Erfahrung ist keine Entwicklung denkbar, ohne Vergangenheit keine Zukunft.

Darum ist das Bücherschreiben keine müßige Beschäftigung, sondern Dienst an der Zeit, Dienst am Fortschritt. — Es gibt nun Ereignisse, die der Umwelt, in der sie sich vollzogen haben, so schrecklich lebendig sind, — die in ihren Aus- und Nachwirkungen noch so spürbar sind, daß die Gegenwart gern auf ihre Verewigung in Wort und Bild verzichtet. Und doch müssen auch solche Ereignisse Geschichte werden, damit die Zukunft aus ihnen lernt und ihre Schrecknisse vermeidet.

Der Weltkrieg ist ein solches Ereignis, das man am liebsten vergessen möchte. Wehe uns, wenn wir es vergessen! Nicht als Revanchegedanke soll die Erinnerung an den Krieg in uns fortleben, sondern als Mahnung zur Brüderlichkeit, die einzig die wahre Freiheit bringen kann.

Darum heißen wir auch die Herausgabe eines Buches gut, das Deutschlands Gegner im Weltkrieg in Wort und Bild schildert. Es zeigt uns, wie unschuldige und an den europäischen Auseinandersetzungen völlig unbeteiligte Völker in der Fron imperialistischer Machthaber für die wahnsinnige Menschenschlächterei mißbraucht wurden; — es zeigt uns auch, welch ungeheure geographische Ausdehnung der „Blut-und-Eisen"-Rausch Europas angenommen hatte, — und es tröstet uns, indem es uns zeigt, daß viele der kleinen unterdrückten Nationen (Balkan- und Oststaaten) durch den Ausgang des Krieges ihre Freiheit oder doch den Freiheitsgedanken wiedergewonnen haben. Dieses Buch kann den nachdenklichen und aufgeweckten Leser nur zum Gegner des monarchistischen Militarismus machen; es muß jeden Menschen, der aus der Zeit lernt, für die Idee der Freiheit begeistern.

Das Buch ist in der Verlagsanstalt Hermann Klemm A.-G., Berlin-Grunewald, erschienen. Es ist ein Prachtband in Großfolio, drucktechnisch sehr sauber ausgestattet und mit vorzüglichen Bildreproduktionen versehen. Trotz des großen Formats ist es wegen des klaren Fraktursatzes sehr gut lesbar. Auch das Papier ist ausgezeichnet. Bliebe das Wesentliche am Buche: der Inhalt. Zunächst ist man erschreckt, denn nach dem Register schlägt man eine Seite auf, die in einer erträglichen Randvignette ein unerträgliches Gedicht von Dietrich Schäfer zeigt. Dieser Professor mit dem teutschen Vornamen faselt vom „Dolchstoß": ". . . . Hätten Verrat nicht und Niedertracht den Unbezwungnen zur Strecke gebracht . . ." Das mag genügen als Kostprobe für den Inhalt des Poëms, die Form ist ihm gleichwertig: Primanerlyrik. Dann folgen zwei Seiten mit Autogrammen deutscher Heerführer und -verführer. Ob der Verlag glaubte, daß sein Buch durch diese martialische Abstempelung gewinnen würde? Der Republikaner legt auf eine Sammlung von Autographen dieser gekrönten und blutumnebelten Häupter nicht den geringsten Wert. (Auch daß Wilhelm der Letzte hier als vorletzter rangiert, kann uns mit dieser verfehlten Reklame nicht versöhnen.) Voller Zweifel gegen den sachlichen und sittlichen Wert des Buches schlägt man die nächste Seite auf und — ist abermals enttäuscht: wieder findet man ein Gedicht, gar eins von Rudolf Herzog, der uns davon überzeugen will, daß er „der Muttersprache Herzblut nie stärker pochen fand, als in zwei Worten: Feind und Vaterland". Da der Republikaner aber „das Herzblut der Muttersprache" in den Begriffen „Einigkeit" und „Kultur" noch stärker pochen fühlt, ist auch der auf das Schwert pochende Dichter der bürgerlichen Leserwelt überpocht. Durch die schwarzweißroten Aufgesänge sehr skeptisch geworden, liest man die kulturpolitische Einführung von Leo Frobenius. Aber nach wenigen Zeilen merkt man schon, daß hier ein andrer Wind weht. Statt der Phrase finden wir wissenschaftliche Sachlichkeit, statt irgendeiner Anklage Hinweis auf die Zwangsläufigkeit des Kriegsausbruchs. Republikanischer Optimismus spricht aus Frobenius' Ausführungen, in denen er auf die fortschreitende Vereinheitlichung durch kulturelle Entwicklung hinweist. Von der einzelgängerischen Familie der vorgeschichtlichen Zeit über die Sippe, den Stamm, die Rasse, den Staat und den Staatenbund hinweg breitet sich der Gedanke des Zusammenschlusses unaufhaltbar aus. Die kleinern Kriege vor 1914 dienten irgendwie dem Annäherungsstreben der Nationen. Sie waren vereinzelte Störungen, die die große Entwicklung der ausgleichenden Kultur nicht aufzuhalten vermochten, sie waren die naturgesetzliche Unordnung, die beim Zusammenschließen entsteht. Zusammenhalten aber ist die Ordnung, und Zusammenhalten ist nur auf der Basis der Brüderlichkeit und des Friedens denkbar. Diesen Zustand der Ordnung und Ausgeglichenheit war jedoch das imperialistische, auf Eroberung und nicht auf Annäherung bedachte Regime der führenden europäischen Staaten im Wege. Sollte die Expansion der kulturellen Vereinheitlichung weiterwirken, so mußten das starre monarchistische und das selbstherrliche chauvinistische System fallen. Der Weltbrand 1914 war der naturnotwendige Zusammenprall der gegnerischen Kräfte: der internationalen Expansion und der nationalen Konzentration. Hat auch das Ergebnis des großen Krieges noch nicht die letzte Klarheit gebracht (jede Aktion löst Reaktion der trägen Teile aus), so ist doch der Fortschritt zu verzeichnen, daß die entwicklungsfeindlichen Staatsformen des Absolutismus verschwanden, daß der Weg vom nationalen Staat zur kontinentalen Staateneinheit frei wurde. — — Ungefähr darin sieht Frobenius den Sinn und das kulturpolitische Ziel des Weltkrieges. Er spricht bei dieser Erörterung sehr sachlich und leidenschaftslos von unsern ehemaligen Gegnern, von den politischen Bedingungen, die sie zum Kriege trieben, und von ihren kleinen Verbündeten, die den Einsatz wagten, weil sie auf großen Gewinn rechneten. So schreibt Frobenius klar und wahr von der Schuldfrage, ohne zu einer Schuldklage oder zu einer Schuldlüge zu kommen.

Die folgende militärpolitische Einführung aus der Feder Dr. Frhr. v. Freytag-Loringhovens weist nicht die gleiche Objektivität auf. Der alte „Militär" kann nicht völlig verleugnet werden, am wenigsten in den geschichtlichen Rückblicken. Aber im großen ganzen gibt auch er unsern ehemaligen Gegnern die Ehre der sachlichen und wahrheitsliebenden Beurteilung. Die Heeresstatistiken sind sehr interessant, sie beweisen das, was auch ihr Verfasser besonders betont, nämlich die Tüchtigkeit und Opferwilligkeit des deutschen Soldaten.

Nach diesen verschiedenartigen Einführungen kommt man dann an den eigentlichen Inhalt des Buches. Er besteht aus völkerkundlichen Charakteristiken der einzelnen Rassen und Nationen, die im Kriege gegen uns mobil gemacht waren und aus porträtmäßigen bildlichen Darstellungen der einzelnen Völkertypen. Die Reproduktionen sind — wie schon gesagt — ausgezeichnet. Die Gemälde, nach denen sie hergestellt wurden, stammen zumeist aus dem Künstlerkreis der Münchner „Jugend". Die ausdrucksstärksten, künstlerisch höchstwertigen Bilder malten Th. Baumgartner und Ernst Liebermann. Der erste ist bei aller Sicherheit der Linie reiner Kolorist, ein Meister der Oeltechnik. Die Darstellungen des Mulatten (S. 245), der drei Bobo-Neger (S. 159) und der Australiertypen (S. 133 u. f.) leben vor allem von der Farbe, ohne jedoch an Einprägsamkeit des Stofflichen zu verlieren. Immer sind die Arbeiten dieses Malers Porträte, die trotz der Vertrautheit der Typen persönlichen Ausdruck haben und durchaus anschaulich wirken. Die gleichen Vorzüge haben die Bilder Liebermanns, nur werden sie auf mehr zeichnerischem Wege gewonnen: das Lineament ist Träger des Ausdrucks, die Farbe nur Ergänzung. In der Technik steht ihm Adolf Münzer nahe, während Hans Looschen, Walter Georgi und Wilhelm Thöny wie Baumgartner besser mit dem Pinsel sprechen als mit dem Stift. Auch von den eben Genannten sind ganz hervorragende Arbeiten in dem Buche zu finden. — Einige andre haben den instruktiven und künstlerisch neutralen Sinn des Werkes verkannt und „ein bißchen Leben in die Geschichte gebracht", indem sie die Typen mit Kriegsstaffage umgaben oder in plastischen Momentstellungen konterfeiten. So sind einige der Bilder mehr Genre als Porträt, mehr Literatur als Darstellung. Klaus Bergen, Ludwig Putz, Paul Halske und Max Beringer konnten es sich nicht verkneifen, die völkerkundliche Tendenz des Buches in eine kriegskundliche zu verbiegen. Zum Glück sind von diesen „Dramatikern" nur wenige Bilder aufgenommen. Der Gesamteindruck des Bildermaterials im ganzen ist ausgezeichnet.

Auch der literarische Inhalt ist befriedigend. Namhafte Schriftsteller bringen rassengeschichtliche und ethnologische Betrachtungen der im Bilde dargestellten Typen. Vor allen verdient hier wieder Leo Frobenius Erwähnung. Mit wissenschaftlicher Gründlichkeit und wohltuender Sachlichkeit gibt er anschauliche Kommentare über die afrikanischen Völker. Er wahrt auch den instruktiven Sinn des Buches insofern am besten, als er auf die im Bilde zu beobachtenden Rassenmerkmale hinweist. Spezialist für die indischen und mongolischen Völker ist A. Raman-Pillai; er beherrscht seine Wissenschaft gründlich und spricht beachtliche Worte über die durch den Krieg gefährdete indische Freiheitsbewegung. Ferdinand Freiherr v. Reitzenstein enthält sich aller nationalistischen Vorurteile; auch er ist ethnologisch gut beschlagen, dabei ein ausgezeichneter Stilist mit unverkennbarem politischen Einschlag. Seine Schilderungen wirken auch am lebendigsten. Hermann Katsch schreibt — durch keine Leidenschaft behindert — sehr vernünftig über unsre romanischen Feinde. W. Imilia erfüllt seine Aufgabe gleichfalls fachlich sachlich, aber nicht ohne einen fühlbaren Mangel an Gelenkigkeit der Ausdrucksweise. Am unsympathischsten berühren die Aufsätze von Gustav Goes: er kann sich nicht enthalten, unsrer militärischen Vergangenheit blutige Tränen nachzuweinen, von „Durchhalten" und Revanche zu faseln und überhaupt immer ein wenig „politisch" zu sein, wo er eigentlich nur wissenschaftlich sein sollte.

Aber im ganzen gibt auch der literarische Teil des Buches ein klares Bild über die ehemals feindlichen Rassen und Nationen. Sogar die kriegerische Eignung einzelner Völker wird eingestanden oder lobend hervorgehoben, kurz: man merkt, daß heute das Kriegsbeil begraben ist.

Nur ein Umstand wirkt befremdend in dieser Atmosphäre von Wissenschaft und Sachlichkeit: es wird immer fast hämisch bemerkt, daß Rußland seine sogenannten Fremdvölker (wie Polen, Ruthenen, Ukrainer, Tataren usw.) nicht in gesonderten Formationen verwendete, sondern diese „unsichern Kantonisten" in Regimenter zuverlässiger reinrussischer Soldaten mischte. Aus Gründen der Ehrlichkeit hätte man dieses taktische Mittel doch nicht als so beispiellos raffiniert hinstellen sollen, denn bekanntlich kamen auch unsre elsässischen „Wackes" möglichst weit nach Osten in Garnison, die Oberschlesier mit polnischem Einschlag aber möglichst weit nach Westen. Solche Kunstkniffe, die den Soldaten der heimatlichen Atmosphäre beraubten und unselbständig machten, lagen in der Brutalität des militaristischen Systems überhaupt begründet. Aber: „wenn zwei dasselbe tun — — —".

Zusammenfassend kann man sagen, daß die Vorzüge des Buches die Nachteile überwiegen. Nichts kann Versöhnung und friedliche Zusammenarbeit mit frühern Feinden besser fördern als Kenntnis von ihren Eigenarten, ihrer Geschichte und ihrem Schicksal. — Wenn der Verlag sich entschließen könnte, die so wenig in die Zeit wie in das Buch passenden politischen und autographischen Einleitungen wegzulassen, dann wünschen wir seinem Werke gern eine baldige hohe Neuauflage, damit es der Zukunft Beispiel und Erfahrung sein kann.

—e—

Thälmann-Esel

Sowjetrußlands Sicherheit hängt in hohem Maße von der Kraft der Demokratie in Westeuropa ab. Die Gefahren, die Rußland aus dem Locarno-Pakt befürchtet, sind gebannt, solange in Westeuropa die Demokratie den friedenswilligen Massen ihren Einfluß sichert; ernsthafte Gefahren für Rußland würde eine Herrschaft des Fascismus mit sich bringen. Die Praxis hat bewiesen, daß die Kommunisten in Westeuropa wohl als Geburtshelfer für den Fascismus ausgezeichnete Dienste zu tun vermögen; auf sich allein gestellt, vermögen sie nicht einmal ihre Existenz als Partei zu sichern. In Rußland selbst hat man längst eingesehen, daß Verständnis für seine Lage in den Reihen der demokratisch gesinnten Massen ein besserer Schutz ist, als ihn die kommunistischen „Partisanengruppen" je bieten können. Aber jeder Versuch, eine neue geistige Front zu Rußland zu schaffen, scheitert an dem tölpelhaften Verhalten der „führenden" deutschen Kommunisten. Für deren Dummheiten und Eseleien wird stets „Moskau" verantwortlich gemacht werden, und ein einziges Rundschreiben der Thälmann-Esel, wie das nachfolgend veröffentlichte, zerstört mehr, als die mühsame Arbeit der „Gesellschaft der Freunde des neuen Rußlands" in Moskau aufbauen kann:

Bundesleitung des Roten Frontkämpferbundes.

Berlin, den 30. November 1925.

An sämtliche Ortsgruppen des R. F.-B.

(In allen Zug- und Abteilungsabenden bekanntgeben.)

Kameraden!

Die Bundesleitung wendet sich mit diesem Schreiben das erste Mal direkt an alle Ortsgruppen und hofft, auf diese Weise einige politische und organisatorische Mängel unsres Bundes schneller beheben zu können.

1. Unser Verhalten gegenüber dem Reichsbanner: In unserm Bundesorgan „Die rote Front", wie in zahlreichen Rundschreiben und Anweisungen an unsre Gauleitungen, versuchen wir seit längerer Zeit bei unsern Kameraden die sogenannte „Prügeltaktik" gegenüber dem Reichsbanner zu bekämpfen, weil wir durch eine solche „Prügeltaktik" die wertvollen proletarischen Elemente im R.-B. von uns abstoßen und sie direkt in die Arme ihrer bürgerlichen Führer treiben. Die von uns empfohlene Taktik, sich unter allen Umständen den proletarischen Elementen im R.-B. anzunähern, gemeinsamen Kampf mit uns gegen die Reaktion und zur gemeinsamen Verteidigung proletarischer Lebensinteressen von den Arbeitern im R.-B. immer wieder zu verlangen, verschärft die Gegensätze zwischen den Arbeitern und den bürgerlichen Führern im R.-B. und trägt so zur Zersetzung dieser Organisation bei.

Leider ist diese Erkenntnis noch nicht in alle Teile unsrer Organisation eingedrungen. Wo aber diese Taktik von unsern Kameraden angewandt wurde, ist auch der Erfolg nicht ausgeblieben.

Gegenüber dem R.-B. muß unser Bestreben dahin gehen, den Arbeitern den Nachweis zu erbringen, daß das R.-B. keinen ernsthaften Kampf gegen die Reaktion und daß es nicht die proletarischen Lebensinteressen vertreten will, vielmehr diese Aufgaben nur vom R. F.-B. ernsthaft in Angriff genommen werden.

Diesen Nachweis können wir weder durch Schimpfen noch Prügeln erbringen; den wahren Charakter des R.-B. können wir den Arbeitern nur dadurch demonstrieren, indem wir immer wieder örtlich, gauweise und zentral aus bestimmten Anlässen heraus an das R.-B. mit dem Ersuchen herantreten, gemeinsame Aktionen oder Kampagnen mit uns zu unternehmen. (Gemeinsame Protestversammlungen gegen Klassenjustiz, gemeinsame Demonstrationen gegen fascistische Aufmärsche usw.)

Dabei muß unser Verhalten auch in einzelnen und im persönlichen Verkehr gegenüber den Arbeitern im R.-B. so sein, daß diese immer das Gefühl haben, der Frontkämpfer spricht zu dir als proletarischer Bruder. Er steht dir näher als demokratische, sozialdemokratische und Zentrumsführer im R.-B. Nur auf diese Weise lösen wir die Arbeiter im R.-B. von ihrer Führung und verbreitern auf Kosten des R.-B. den Einfluß der roten Front.

Der Boden für eine derartige Arbeit im R. F.-B. ist gerade jetzt besonders geeignet. Infolge der Diskussion über die Frage der Ost- oder Westorientierung bestehen selbst in Führerkreisen des R.-B. Differenzen. Einige führende R.-B.-Leute sind für Ostorientierung. Auch ein Teil der sozialdemokratischen Arbeiter im R.-B. ist, zum Teil auf Grund der Berichte der Arbeiterdelegation, für Ostorientierung. Dazu kommt, daß die Arbeiter mit dem R.-B. unzufrieden sind, weil die Führung jedem ernstlichen Kampf gegen die Reaktion ausweicht.

Die im R.-B. vorhandene Opposition muß von uns bewußt und planmäßig gestützt und gefördert werden bis zur Heranbildung eines linken Flügels im R.-B. Erst dann wird sie ein Aktivposten für die rote Front.

Wir müssen zu diesem Zweck örtlich Fühlung nehmen mit proletarischen und oppositionellen R.-B.-Kameraden. Müssen Einzelaustritte aus dem R.-B. möglichst vermeiden, indem wir die oppositionellen Kameraden im R.-B. veranlassen, im R.-B. zu bleiben und dort im oppositionellen Sinne zu wirken. Wir müssen diese Kameraden darauf hinweisen, daß sie zur Stärkung ihres Einflusses mit oppositionellen R.-B.-Kameraden anderer Ortsgruppen in Fühlung treten, um so eine Opposition im Gaumaßstabe heranzubilden. Wo ganze Ortsgruppen in Opposition stehen, sollen auch sie im R.-B. zur Stärkung der Opposition im Gau- oder Reichsmaßstabe verbleiben und in unserm Sinne wirken.

Auf diese Weise werden wir die Herausbildung einer Arbeiteropposition im R.-B. erreichen. Das geschieht nicht von heute auf morgen. Es wird dieses ein längerer Prozeß sein, der zäher zielbewußter Arbeit unsrer Ortsgruppen bedarf. Unsre Ortsgruppen sind die Hauptträger dieses Prozesses. An sie wenden wir uns daher eindringlich, endlich diese Arbeit ernsthaft in Angriff zu nehmen.

Unsre Kameraden wissen nun, welchen Zweck die „freundschaftlichen" Annäherungsversuche der Kommunisten zu bedeuten haben: sie wollen das Reichsbanner zersetzen, durch innere Kämpfe lähmen und aktionsunfähig machen. Vorteil davon hätten nur die Gegner im schwarzweißroten Lager. Das Reichsbanner ist heute die Schutzorganisation der demokratischen deutschen Republik. Wer sie zu zerstören unternimmt, betreibt die Geschäfte der Reaktion.

Wo die Kommunisten an unsre Ortsgruppen mit dem Vorschlag gemeinsamer „Aktionen" herantreten, ist ihnen unzweideutig die Türe zu weisen, weil es ihnen doch nie auf die Sache ankommt, die sie zu vertreten vorgeben, sondern auf die Zersetzung des Reichsbanners. Das gilt auch für den Kampf um die Fürstenabfindung, den die Kommunisten gerne benützen, um sich anzubiedern.

Kindlich ist der Glaube, es könne gelingen, eine „Opposition im Gaumaßstab" aufzuziehen. Stänker und Schufte werden in keiner Organisation so leicht erkannt wie im Reichsbanner und ein Thälmann-Esel ist an seinem Geschrei unschwer zu erkennen.

Zur Spaltung im Stahlhelm

In Nr. 23 vom 1. Dezember brachten wir unter „Reichsbanner-Beobachter" Mitteilungen über die Krise im Stahlhelm. — Die Sonntagsnummer vom 13. Dezember der „Morgenzeitung" (Halberstädter-Ausgabe) bringt nun folgende bezeichnende Anzeige:

Erklärung!

Unter Bezugnahme auf die Rundschreiben 60, 61 und 62 des Harzgaues des „Stahlhelms", gez. Asche, sehen wir uns veranlaßt, folgendes mitzuteilen:

Die zwingende Notwendigkeit zur Gründung unsers Bundes ergab sich, als die Bundesleitung des „Stahlhelms" auf die bei ihr als der einzig hierfür in Betracht kommenden Stelle gegen den Leiter des Harzgaues, Herrn W. Asche, hier, erhobenen schweren Beschuldigungen ohne jedwede bzw. ohne ernsthafte Untersuchung als einzige Antwort den Ausschluß einer Reihe von Kameraden verfügte, deren einziges Vergehen es war, unter gewissenhaftester Geheimhaltung der ihnen bekanntgewordenen Dinge sich lediglich für Wahrheit und Reinheit im „Stahlhelm" rücksichtslos voll eingesetzt zu haben. Weder dieses eigenartige und merkwürdige Schlüsse zulassende Verhalten der Bundesleitung des „Stahlhelms" noch die von dem genannten Herrn Asche über seine Kläger ausgestreuten, als Verteidigung reichlich eigenartig anmutenden Gerüchte, noch sein kindlicher Versuch, sich als unschuldiges Opfer parteipolitischer Machenschaften hinzustellen, können den unbefangenen Beobachter der Dinge von der Tatsache ablenken, daß Herr Asche keinen Versuch gemacht hat, sich von den gegen ihn erhobenen Beschuldigungen gerichtlich restlos zu reinigen. Die Beschuldigungen, die von den betr. Kameraden aufrecht erhalten werden, lauten auf Unterschlagung von Heeresgut in nicht gewöhnlichem Umfange, Unkorrektheit in der Führung der Kasse des Harzgaues des „Stahlhelms", Schmähung des Reichspräsidenten, Generalfeldmarschalls v. Hindenburg. Da Hunderte von Kameraden es ablehnten, einem solchen Führer zu folgen, mußte die Gründung unsers Bundes erfolgen.

Der Frontgeist
Bund deutscher Männer
Halberstadt.

Das reaktionäre „Halberstädter Intelligenzblatt" stellt sich schützend vor Herrn Asche, der in Halberstadt eine Wagenfabrik hat und Gauvorsitzender des Stahlhelms im Harz ist. Die Anschuldigungen gegen Asche sind schwer und die ehemaligen Kameraden des Vorgenannten werden wissen, was sie behaupten und haben offenbar ihre Unterlagen. Es wird nun dem Harzgauführer nichts andres übrigbleiben, als den Weg zum Gericht anzutreten. Oder stellt sich die Stahlhelmbundesleitung immer noch schützend vor ihn? —

Vorträge im Reichsbanner.

(Wir werden von jetzt an regelmäßig eine Liste der uns gemeldeten Vorträge veröffentlichen, in der Hoffnung, daß unsre Kameraden dadurch manche Anregung für die eigne Arbeit gewinnen werden. Redaktion.)

Datum	Ort	Thema	Name des Redners
20. Sept.:	Darmstadt	Die vaterländischen Verbände	Stud. jur. Heinz Ollendorff, Darmstadt, Laubanstraße 77.
3. Okt.:	Ulm	Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold als Grundlage und Stütze der Verfassung	Prof. Dr. Bauer, Ludwigsburg.
3. Okt.:	Rohrbach (Oberhessen)	Zweck und Ziele des Reichsbanners	Jakob Storch, Kohden b. Nidda (Oberhessen).
24. Okt.:	Villingen	Zweck und Ziele des Reichsbanners	Jakob Storch, Kohden b. Nidda (Oberhessen).
26. Okt.:	Weimar	Welche Pflichten legt uns die republikanische Staatsverfassung auf?	Landtagspräsident Peus, Dessau.
31. Okt.:	Nordhausen	Schwarz-Rot-Gold, das Banner deutscher Einheit und Freiheit (mit Lichtbildern)	Kamerad Schmidt, Nordhausen.
1. Nov.:	Ellrich	Schwarz-Rot-Gold (mit Lichtbildern)	Kam. Jungblut, Nordhausen.
8. Nov.:	Ilfeld	Schwarz-Rot-Gold (mit Lichtbildern)	Kam. Jungblut, Nordhausen.
8. Nov.:	Erfurt	Der Kampf um den Staat	Landtagspräsident Peus, Dessau.
4. Nov.:	Ertmdervode	Schwarz-Rot-Gold (mit Lichtbildern)	Kam. Jungblut, Nordhausen.
5. Nov.:	Niedergebra	Schwarz-Rot-Gold (mit Lichtbildern)	Kam. Jungblut, Nordhausen.
7. Nov.:	Offenbach a. M.	Geschichte der Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold (mit Lichtbildern)	Generalsekretär Fey, Frankfurt a. M.
7. Nov.:	Butzbach	Das Reichsbanner und die politische Lage	Kam. Ziegler, Darmstadt.
8. Nov.:	Bielen	Schwarz-Rot-Gold (mit Lichtbildern)	Kam. Jungblut, Nordhausen.
11. Nov.:	Bad Sachsa	Schwarz-Rot-Gold (mit Lichtbildern)	Kam. Jungblut, Nordhausen.
14. Nov.:	Bleicherode	Schwarz-Rot-Gold (mit Lichtbildern)	Kam. Jungblut, Nordhausen.
14. Nov.:	Lehesten	Schwarz-Rot-Gold (mit Lichtbildern)	Lehrer Möller, Lehesten.
18. Nov.:	Mühlhausen	Die französische Revolution (m. Lichtbildern)	Kam. Dr. Dietzel, Weimar.
19. Nov.:	Hüttengrund	Die deutsche Reichsverfassung (mit Lichtbild.)	Kamerad Thiem, Blechhammer.
20. Nov.:	Neustadt a. O.	Das Sturmjahr 1848 (mit Lichtbildern)	Kam. Körner, Neustadt a. d. O.
21. Nov.:	Neunhofen	Das Sturmjahr 1848 (mit Lichtbildern)	Kam. Körner, Neustadt a. d. O.
21. Nov.:	Schwarza	Das Sturmjahr 1848 (mit Lichtbildern)	Kam. E. Neukel, Schwarza.
22. Nov.:	Nieder-Florstadt	Schwarz-Rot-Gold, die Geschichte der deutschen Farben (mit Lichtbild.)	Lehrer Appel, Nieder-Florstadt.
23. Nov.:	Greiz	Die deutsche Reichsverfassung (mit Lichtbild.)	Kam. Brandes, Greiz.
25. Nov.:	Darmstadt	Erlebnisse in englischer Kriegsgefangenschaft	Gausekretär Schmidt, Darmstadt.
27. Nov.:	Berga a. d. E.	Das Sturmjahr 1848 (mit Lichtbildern)	Kam. Matthes, Berga a. d. Elster.
28. Nov.:	Bad Berka	Die Bodenschätze der Welt (mit Lichtbildern)	Kam. Studienrat Vieweg, Bad Berka.
5. Dez.:	Suhl	Die deutsche Reichsverfassung (mit Lichtbild.)	Kam. Dr. Saffran, Suhl.
6. Dez.:	Hirschbach	Die deutsche Reichsverfassung (mit Lichtbild.)	Kam. Dr. Saffran, Suhl.
6. Dez.:	Bacha a. d. W.	Die deutsche Reichsverfassung (mit Lichtbild.)	Kam. Schroth, Eisenach

Bücher und Zeitschriften

(Weitere Besprechungen vorbehalten.)

Die Krisis der europäischen Demokratie. Von M. J. Bonn. Verlag Meyer u. Jessen, München. Gebunden 3,75 Mark.

Die politischen Ideenkreise der Gegenwart. Von Hermann Heller. Verlag von Ferdinand Hirt in Breslau. Gebunden 8,50 Mark. Aus dem Inhalt: Der monarchistische Ideenkreis. Der demokratische Ideenkreis. Der nationale Ideenkreis. Der sozialistische Ideenkreis. Im Eingangskapitel wird dargestellt, was als gemeinsame Grundlagen unsrer politischen Denkformen zu betrachten ist — alles gesehen von einem Sozialisten der jungen Generation.

Menschen und Schiffe in der kaiserlichen Flotte. Von L. Persius. Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin SW 68. Gebunden 3,75 Mark.

Der Drahtzaun. Von Wolf Ritter, Bern. (Aufzeichnungen des Fürsorgezöglings Günther Rodegast.) Fackelreiter-Verlag Hamburg-Bergedorf.

Hindenburg. Von Theodor Lessing. Vorwort von Maximilian Harden. Nachwort von Herbert Eulenburg. Verlag Hoyte u. Schmidt, Berlin. Enthält die Artikel Lessings über Hindenburg, die den Anlaß zu der wüsten Lessing-Hetze waren.

Jakob auf der Himmelsleiter. Von Karl Bröger. Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin. Sieben Erzählungen unsers Kameraden in einem schmucken Büchlein vereinigt, das sich bald viele Freunde erworben hat.

Peter Stull. Ein Kinderleben. Von ihm selbst erzählt. Karl Dantz. Zeichnungen von Max Graeser. Verlag J. H. W. Dietz, Berlin. Mit lustigem Einband. 2,40 Mark.

Sago. Von Hans Reimann. Karl-Reißner-Verlag, Dresden. Gebunden 5 Mark. Eine Sammlung von Satiren und Humoresken, aus der manches Stück zum Vortrag bei Reichsbanner-Veranstaltungen gute Dienste leisten wird.

Die Hartjes. Roman von August Hinrichs. Verlag Quelle & Meyer, Leipzig.

Erste Hilfeleistung bei Unglücksfällen. Von Dr. A. Waldmann, Generaloberarzt im Reichswehrministerium, Berlin. 107 S. Mit 33 Abbildungen nach Zeichnungen von J. T. Meyer, Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium, Berlin. 2. Auflage. Theodor-Thomas-Verlag, Leipzig. Geheftet 80 Pfg.

Drahtlose Telegraphie. Von Oberlehrer L. Wunder. 76 S. Mit 21 Abbildungen. 2. Auflage. Geheftet 60 Pfg. Theodor-Thomas-Verlag, Leipzig.

Die Justiz, Zeitschrift für Erneurung des deutschen Rechtswesens, Organ des Republikanischen Richterbundes. Herausgegeben von Wilhelm Kroner (Berlin) in Verbindung mit Wolfgang Mittermaier (Gießen), Gustav Radbruch (Kiel) und Hugo Sinzheimer (Frankfurt a. M.). Verlag Dr. Walter Rothschild, Berlin-Grunewald. Zweimonatlich ein Heft. Halbjahrspreis 8 Mark. (Siehe Artikel „Die Justiz".)

Junge Menschen. Monatshefte für Politik, Kunst, Literatur und Leben. Aus dem Geiste der jungen Generation. Herausgegeben von Walter Hammer. Verlag Hamburg 36, Fuhlentwiete 45. Heft 10 und 11, die uns vorliegen, sind zwei Persönlichkeiten gewidmet: dem Dichter Friedrich Wolf (Heft 11) und dem vielbefehdeten Professor Theodor Lessing, Hannover (Heft 10). —

Junge Gemeinde. Wochenschrift der republikanischen Jugend. Herausgegeben von Walter Hammer. Verlag Hamburg 36, Fuhlentwiete 45. —

Urania. Monatshefte für Naturerkenntnis und Gesellschaftslehre. Urania-Verlags-Gesellschaft m. b. H., Jena. Heft 3.

Mensch und Maschine. Von Eduard Weckerle. 93 Seiten mit zwei Schwarzweiß-Bildern „Der kapitalistische Raubvogel" und „Sklaven des Kapitals". Erste Buchbeigabe des 2. Jahrgangs der Urania-Monatshefte. Verlag: Urania-Verlags-Gesellschaft m. b. H., Jena. Einzelpreis brosch. 1,50 Mark, geb. in Ganzleinen 2 Mark. —

Die Arbeit. Zeitschrift für Genossenschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgegeben von Th. Leipart. Verlag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. —

Kulturwille. Monatsblätter für Kultur der Arbeiterschaft. Arbeiter-Bildungsinstitut Leipzig, Braustraße 17. —

Archiv für Politik und Geschichte. Herausgegeben von Franz Irmer, Werner Mahrholz. Verlag Hans Roeseler, Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H., Berlin. Heft 10 enthält einige für Reichsbannerleute interessante Aufsätze: Egmont Zechlin, Die Entstehung der schwarzweißroten Fahne und das Problem der schwarzrotgoldenen Farben; W. G. F. Snijders, Staatskunst und Strategie; K. Mayr, Clausewitz und der Zusammenbruch 1918. —

Bücher für alte Krieger. Der verdienstvolle Fackelreiter-Verlag, Bergedorf bei Hamburg, Brieffach 49, unter der Leitung unsers Kameraden Walter Hammer, gibt in einem Prospekt eine gute Uebersicht über Bücher für alte Krieger. Ortsgruppen, die eine Bibliothek anlegen oder eine bestehende zu ergänzen wünschen, auch einzelne Kameraden, die sich unterrichten wollen, tun gut, wenn sie sich diesen Prospekt senden lassen. — Porto nicht vergessen! — Auch andre Prospekte stellt Walter Hammer gerne zur Verfügung. Schund liefert der Fackelreiter-Verlag nicht. —

Aus den Gauen

Gaukonferenz in Rostock.

Am Sonntag den 6. Dezember fand in Rostock die Gaukonferenz des Gaues Mecklenburg-Lübeck statt. Ihr ging am Sonnabend zu Ehren der Delegierten ein Empfangsabend in der „Philharmonie" voraus. Gesangliche, musikalische und sportliche Darbietungen umrahmten die Festrede, die der Vertreter des Bundesvorstandes, Kamerad Wiegner (Magdeburg), hielt.

In der Gaukonferenz erstattete nach der Begrüßung der Erschienenen der Gauvorsitzende, Landtagsabgeordneter Albert Schulz (Rostock), den Geschäftsbericht. Danach hat das Reichsbanner im Gau eine aufs höchste gesteigerte Tätigkeit entfaltet. Fast 100 Fahnenweihen und Republikanische Abende sowie 78 öffentliche Versammlungen fanden statt. Die Mitgliederbewegung entwickelte sich über alle Erwartungen gut. Der Zuwachs betrug im verflossenen Jahre 115,2 Prozent. Annähernd ebensohoch ist die Steigerung der Leserzahl der Bundeszeitung. Die Entwicklung des Reichsbanners ist auch in Mecklenburg trotz des Terrors der Gutsbesitzer, den der Redner an charakteristischen Beispielen bewies, nicht aufzuhalten. Während das Reichsbanner vorwärtsmarschiert, schrumpfen die „nationalen" Verbände immer mehr zusammen. War es diesen doch fast nirgends möglich, so eindrucksvolle Kundgebungen zu veranstalten wie das Reichsbanner. Das Referat, das mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde, löste eine sachliche Aussprache aus.

Ueber den Bundestag in Hamburg referierte ebenfalls der Gauvorsitzende. Es soll versucht werden, für Mecklenburg einen Sonderzug zu erhalten, der Rostock am Sonnabend abend gegen 7 Uhr verläßt und über Doberan, Wismar, Schwerin und Hagenow nach Hamburg geleitet wird. Einzelheiten werden den Ortsvereinen durch Rundschreiben bekanntgegeben.

Im nächsten Jahre sollen im Gau weniger, aber um so eindrucksvollere Kundgebungen veranstaltet werden. Die Genehmigung von Veranstaltungen wird abhängig gemacht von der restlosen Erfüllung aller Verpflichtungen. Es wird beschlossen, 5 Prozent der Brutto-Einnahme der Veranstaltungen einem Bildungs- und Propagandafonds zuzuführen.

Gausekretär Kamerad Janzen (Rostock) nahm eingehend Stellung zur Errichtung einer Sterbekasse.

Der Vertreter des Bundesvorstandes, Kamerad Wiegner (Magdeburg), sprach sodann über den Stand der republikanischen Bewegung in Deutschland. Er streifte dabei die Vorgänge in den gegnerischen Organisationen, nahm eingehend Stellung zu der Haltung der im Kyffhäuserbund zusammengeschlossenen Kriegervereine und kam zu dem Schlusse, daß das stärkste Bollwerk gegen alle reaktionären Bestrebungen eine kraftvolle, sich nicht in Aeußerlichkeiten erschöpfende Reichsbannerbewegung ist. An die mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen schloß sich ein Vortrag des technischen Leiters, Kameraden Passarge (Lübeck), über technische Notwendigkeiten. Die sich aus dem Vortrag ergebenden Richtlinien werden den Ortsvereinen zugestellt.

Die en bloc vorgenommene Wahl des Gauvorstandes ergab die einstimmige Wiederwahl sämtlicher Mitglieder. Als Delegierte zur Bundesgeneralversammlung wurden die Kameraden Janzen, Passarge und Lachmund gewählt.

Ein zündender Appell des Kameraden Schulz, mit gesteigerter Kraft weiter für die Bewegung zu arbeiten, und das mecklenburgische Reichsbannerlied beschlossen die Konferenz. —

*

Darmstadt. Am 25. November hielt Kamerad Gausekretär Schmidt vor den Jungmannen der Ortsgruppe Darmstadt in der Ballonschule einen Vortrag über seine Erlebnisse in englischer Kriegsgefangenschaft. Kamerad Schmidt führte u. a. aus, daß in seiner Kompanie von Antikriegspropaganda oder andern Vorgängen, die den Kampfesmut der Truppe hätten herabmindern können, nichts zu bemerken gewesen sei. Nach den Schilderungen war Kamerad Schmidt während seiner Gefangenschaft nicht auf Rosen gebettet, doch war aus seinen Ausführungen zu entnehmen, daß so manche Erzählungen ehemaliger Kriegsgefangener über ihre Behandlung stark übertrieben sind und vielfach nur zu dem Zwecke tendenziös aufgebauscht werden, den Völkerhaß wach zu halten und den Revanchegedanken zu schüren. Bitter beklagte sich Kamerad Schmidt über die sogenannten deutschen Stäbe in den Gefangenenlagern, die sich aus einigen deutschen Chargierten und Mannschaften zusammensetzten und in der Hauptsache die Zubereitung und Verteilung der Verpflegung zu regeln hatten. In fast allen Lagern, in denen Kamerad Schmidt untergebracht war, wurden den armen Gefangenen von ihren Landsleuten Teile ihrer an sich schon nicht reichlichen Verpflegung vorenthalten und, wenn sie sich erlaubten, gegen dieses Unrecht zu murren, bei dem Feind angeschwärzt. Dagegen hätten die Bewachungsmannschaften vielfach Verständnis für die Leiden der Gefangenen gezeigt und auch versucht zu helfen, soweit es in ihren Kräften stand. Interessant war die Schilderung über die Tauschgeschäfte mit den Wachmannschaften und deren kindliches Haschen nach Andenken. Mit gespannter Aufmerksamkeit folgte die junge Zuhörerschaft diesen Ausführungen. —

Großkörner. Der Ortsverein des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold veranstaltete am Totensonntag zu Ehren der im Weltkriege gefallenen Kameraden eine Gedächtnisfeier unter starker Beteiligung der Einwohnerschaft. Nach einigen Chorälen ergriff Kamerad Gebühr das Wort. Kurz und scharf klang die Mahnung durch seine Rede: Nie wieder Krieg! Im Gedenken an die gefallenen Kameraden senkte sich das Banner. Die Kameraden gedachten entblößten Hauptes der dem grausamen Kriege zu Opfer Gefallenen. — Das Banner steht. Dies bewies unsre jüngste Veranstaltung. Der Saal war überfüllt. Nachdem Kamerad Großmann die Anwesenden begrüßt hatte, ging man zum gemütlichen Teil über. Mit Bewunderung konnte man die erfreuliche Feststellung machen, daß die Einwohnerschaft von Großkörner zahlreich vertreten war. —

Güstrow. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold veranstaltete am Freitag den 27. November, abends 8 Uhr, in den Räumen des „Tivolis" einen Republikanischen Abend. der in der Hauptsache von Rezitationen ausgefüllt wurde. Kamerad H. J. L. Lieseberg (Weimar) entledigte sich als Vortragender seiner Aufgabe mit Geschick. Besonders gelangen ihm „Besorgen" von Rud. Kinau, „Fleederbeernsupp" von Fritz Lau, „De Rothremse" von Wilh. Henze, sowie „Hein Lammers un de Kaiserliche Werft" von Fritz Wischer. Die Vorträge wurden mit Verständnis und großer Heiterkeit aufgenommen. —

Hannover. Unter der Vorgabe, für das Reichsbanner zu sammeln, hat hier ein gewisser Peters einer ganzen Reihe von Geschäftsleuten unter Vorlage einer mit irgendeinem Stempel versehenen Liste erhebliche Geldbeträge abgenommen. Für den Fall, daß Peters seine Schwindeleien auch in andern Städten versuchen sollte, sei hiermit ausdrücklich vor diesem Betrüger gewarnt. —

Königsberg. Am Sonntag den 18. Dezember wurden zwei Ortsgruppen des Reichsbanners neu gegründet. Gauleiter Stark (Königsberg) sprach in einer sehr gut besuchten Versammlung in Cabienen, Kreis Rössel, wo sofort 55 Kameraden der neugegründeten Ortsgruppe beitraten. Die Leitung des Vereins liegt in den Händen des Kameraden, Eisenbahner Franz Ollesch (Cabienen). Eine weitere Ortsgruppe gründete der Kamerad Schatzke (Insterburg) in Wirbeln bei Saalau. Die bisherige Zahl von 20 Mitgliedern wird sich wohl bald unter der Leitung des Kameraden Eduard Elisat (Wirbeln) verdoppeln. — Eine sehr gut besuchte Werbeversammlung fand im 18. d. M. in Heidewaldburg statt, zu der Kamerad Grimm (Ratshof) das Referat übernommen hatte. Am gleichen Tage hatte der Verein Sensburg eine Generalversammlung, der Verein Tilsit eine Vertretertagung, der Verein Ortelsburg einen gemütlichen Abend und der Verein Deutsch-Eylau eine Versammlung für den republikanischen Frauenbund abgehalten. —

Königsberg. Der Lügenkampf der Rechtspresse gegen das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold nimmt auch in Ostpreußen ungestörten Fortgang. Bezeichnend hierfür ist eine Zeitungsnotiz des deutschnationalen Lokalblättchens in Pillkallen vom 16. November Nr. 269. Nach dieser Mitteilung soll es auf einer Reichsbannerfeier in Pillkallen drunter und drüber gegangen sein, so daß die Polizei letzten Endes habe eingreifen müssen und dabei selbst in eine bedrohliche Lage gekommen sei. Was hier von dem reaktionären Hüter des Rechtes und der Wahrheit erzählt wird, ist geradezu unglaublich. Die Reichsbannerfeier nahm nach Angaben aller Beteiligten einen zufriedenstellenden und guten Verlauf und zeugte von bester Zucht und Ordnung innerhalb des Reichsbanners, was von sämtlichen Gästen lobend hervorgehoben wurde. Freilich trat eine recht unangenehme Störung ein, als einige Hitlerleute in Gesellschaft von einem Stahlhelmmann 12½ Uhr in angeregter Stimmung im Lokal erschienen und mit voller Absicht immer wieder versuchten, mit Reichsbannerleuten Händel anzufangen. Als die Geduld der Reichsbannerleute schließlich erschöpft war, erhielten die Hakenkreuzler für ihre Anrempeleien den wohlverdienten Lohn und wurden an die Luft gesetzt. Hierbei standen die anwesenden Polizeibeamten einmütig auf Seite des Reichsbanners und halfen die Hakenkreuz-Krakeeler hinausbefördern, wonach alsdann wieder vollste Ruhe, Einmütigkeit und Gemütlichkeit Platz fanden. Das Reichsbanner hat in der letzten Zeit in Ostpreußen wieder einen erfreulichen Zuwachs aufzuweisen. So wurden in den letzten 14 Tagen neue Ortsgruppen gegründet in Pelleningken (Kreis Insterburg) durch die Kameraden Schatzke, Weidemann und Dr. Grimpel (Insterburg). Den Vorsitz hat Kamerad Werkmeister Klonus in Budszehnen, Post Kaukern, übernommen. Gleichzeitig gelang es dem Führer der Ortsgruppe Bosemb (Kreis Sensburg), dem Kameraden Gnottka, eine neue Ortsgruppe in Budsziszken (Kreis Sensburg) ins Leben zu rufen. Eine weitere Gründung ist für Kabienen (Kreis Rössel) durch die rührige Ortsgruppe Rössel vorbereitet worden, nachdem sich bereits eine größere Anzahl Republikaner aus sich heraus zusammengeschlossen haben. —

Nachrodt. An einem Vortragsabend des Reichsbanners in Obstfuhr sprach Kam. Struhr (Nachrodt) über „Staatsform und Staatsgesinnung". Er gab einen geschichtlichen Ueberblick über die Entwicklung der Staatsform und wies nach, daß wahre Staatsgesinnung aller, die Voraussetzung für jeden innern und äußern Fortschritt ist. —

Tilsit. Am Sonntag den 13. Dezember beging die Ortsgruppe Tilsit eine größere Veranstaltung im Parkrestaurant Jakobsruhe. Der Vormittag vereinigte die Vertreter der Ortsgruppen des dritten Kreises des Gaues Ostpreußen zu einer Arbeitstagung, zu der auch der Vertreter des S. S. S. Misstabs (Lettischer Arbeiter-Sport- und Schutzbund), Kamerad Probeschnek aus Riga, erschienen war. Nachmittags 4 Uhr begann die Festveranstaltung, die mit einem von Stadtrat Kamerad Ecker verfaßten Prolog eröffnet wurde. Ein Sprechchor in einer Stärke von 100 Personen, der aus Mitgliedern des Reichsbanners, der demokratischen und sozialistischen Jugend zusammengestellt war, brachte Goethes „Hinan, vorwärts hinan" wirkungsvoll zum Vortrag. Stadtrat Kam. Ecker hielt die Festrede, in der er den Vertreter der lettischen Bruderorganisation begrüßte. Ein lebendes Bild „Republikanergeist — Versöhnungsgeist", Lieder des Doppelquartetts „Zukunft" sowie ernste und heitere Vorträge trugen wesentlich zum Gelingen der Veranstaltung bei. —

Zittau. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold versammelte sich in überaus stattlicher Anzahl zu einem Vortragsabend in den „Kronensälen", die festliche Farbenfreude zeigten. Die Bühne und das Rednerpult waren mit schwarzrotgoldenen Fahnentüchern drapiert, im Halbkreis gruppierten sich die Fahnenträger verschiedener Reichsbanner-Ortsgruppen mit ihren Standarten um den Vorstandstisch, und im Saal belebten graue Windjacken und dunkle Mützen das farbenfrohe Bild. Nach Musikvorträgen der Reichsbannerkapelle begrüßte Kamerad Studienrat Korschelt die Anwesenden und insbesondere den anhaltischen Landtagspräsidenten Peus (Dessau). Unter den Klängen des Liedes vom guten Kameraden gedachte man sodann stehend der im Weltkriege gefallenen Kameraden. Darauf folgte eine sinnige Rezitation „Nie wieder Krieg" von W. Bremer (Zittau), wirkungsvoll vorgetragen von Fritz Schulz (Zittau), die äußerst starken Beifall fand. Im Mittelpunkt des Abends stand der Vortrag des Landtagspräsidenten Peus, eines geistvollen Redners, der das Wort wie selten einer beherrscht, und eines im tiefsten Herzen überzeugten Anhängers der neuen Zeit mit ihren neuen Zielen. Seine ganze Rede war von freudiger Lebensbejahung beherrscht, von Begeisterung für unsre junge Staatsform und getragen von lichtem Zukunftshoffen. Aber er vergaß auch nicht, das Vergangene zu würdigen, es in das rechte Licht geschichtlicher Wahrheit zu rücken, geschichtliche Entwicklung überhaupt zu kennzeichnen und damit darzutun, warum es heute so ist und nicht anders. Der Vortrag wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen. Gemeinsamer Gesang beendete den anregend verlaufenen Abend. —

Schluß des redaktionellen Teiles.

Wintersportfest

am 23. und 24. Januar in Neuhaus a. Rwg. (bei ungünstiger Wetterlage am 13. und 14. Februar). 2117

Langläufe, Sprungläufe, kombinierte Läufe, Meldelauf für Senioren, Junioren (18—20 Jahre), Jugend (unter 18 Jahren) und ältere Kameraden (über 40 Jahre).

Rodeln für Ein- und Zweisitzer.

Das Sportfest ist für alle Reichsbannerkameraden offen. Für billige Quartiere wird gesorgt. Wertvolle Preise stehen zur Verfügung. Näheres ergeben die Fragebogen, die den Gauvorständen zugegangen sind. Meldeschluß: 10. Jan. 1926. Spätere Meldungen bleiben unberücksichtigt.

Gauvorstand Groß-Thüringen, Weimar, Watzdorffstraße 23.